

20. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 9. März 1949.

304/J

A n f r a g e

der Abg. W e i k h a r t , R e i s m a n n , H i l l e g e i s t
und Genossen

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,

betreffend die Einführung einer Zensur für Filme durch das Handels-
ministerium.

-.--.-

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat unter
Zl. 92.969 - 23a/49 am 2. Februar l.J. einen Erlass herausgegeben, der
von jenen Firmen, die ausländische Filme einzuführen beabsichtigen, ver-
langt, dass sie einem Vertreter des Handelsministeriums die Möglichkeit
geben, den zur Einfuhr beantragten Film zu sehen.

Da dies nicht immer möglich ist, wird zumindest die Vorlage
einer ausführlichen Inhaltsbeschreibung gefordert.

Das Bundesministerium macht durch diesen Erlass die Erteilung
von Einfuhrbefürwortungen von einer Beurteilung des Inhalts eines Film-
streifens abhängig. Diese Massnahme stellt die Einführung einer Zensur
dar, zu der das Handelsministerium nicht einmal ressortmässig, geschweige
denn verfassungsmässig berechtigt ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

A n f r a g e :

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu unternehmen, um die mit
diesem Erlass versuchte Einführung einer Zensur, die verfassungsmässig
nicht zulässig ist, rückgängig zu machen?

-.--.-